

Selbst Brot ist knapp

Die Binnenvertriebenen in Kurdisch-Syrien bekommen keine internationale Unterstützung

von **Thomas Schmidinger**

► Neun Monate ist es her, seit Adla Sheikho ihre vier Kinder packte und mit ihrem Mann so schnell wie möglich versuchte, aus dem umkämpften Aleppo hinauszukommen. Die zweitgrößte Stadt Syriens war innerhalb weniger Wochen zum Kriegsschauplatz geworden. Als Ende September der weltweit größte gedeckte Bazar in der Altstadt niederbrannte, hatte sich die Familie bereits im kurdischen Norden des Landes in Sicherheit gebracht.

Mit vierzehn anderen Familien leben sie seither in einem noch nicht fertig gestellten Schulgebäude bei der Kleinstadt Amude. Weder das UNHCR noch eine der großen internationalen NGOs haben bisher ihren Weg hierher gefunden. Versorgt werden die Binnenflüchtlinge fast ausschließlich von der lokalen Bevölkerung. Zwei Vereine, die von engagierten BürgerInnen gegründet wurden, bringen Lebensmittel und zahlen Vertriebenen tausend syrische Pfund im Monat (etwas mehr als zehn Euro). Damit kann man aber in Syrien kaum überleben, schon gar nicht, wenn die Lebensmittelpreise durch die Versorgungs-knappheit ständig steigen.

Der Arzt Diloban al-Nuri, der in einem Spital in Damaskus arbeitete, bevor er in seine Heimatstadt Amude floh, zeigt auf die Füße eines Kleinkindes: »Diese Mutter hatte keine Schuhe für das Kind, deshalb haben sich auf den Füßen Frostbeulen gebildet. Wenn wir nicht rasch etwas unternehmen, bleibt das Kind dauerhaft geschädigt.«

In der zur Notunterkunft umfunktionierten Schule leben KurdInnen und AraberInnen zusammen. Der Kurde Amir Serhan ist mit seiner arabischen Frau Hiyam Mohammed Jamar ebenfalls aus Aleppo geflohen. In drei Monaten erwartet die Frau ihr fünftes Kind. »Wir wissen gar nicht, ob unser Haus noch existiert«, erzählt sie: »Angeblich kontrolliert die Freie Syrische Armee jetzt das Viertel, in dem unser Haus liegt. Wir sind froh, dass wir uns und unsere Kinder in Sicherheit gebracht haben.« Nach Aleppo wollen sie erst zurück, wenn der Krieg zu Ende ist.

Die älteren ihrer vier Kinder besuchen hier die Schule, doch es mangelt an Schreibmaterial, Büchern und Spielsachen. Vor zwei Wochen seien MitarbeiterInnen des Kinderhilfswerks UNICEF mit Spielzeug vorbeigekommen. Sie hätten kurz mit den Kindern gespielt, Fotos gemacht und dann die Spielsachen wieder eingepackt. Seither wurden sie nicht wieder gesehen.

Amir Serhans Mutter und seine zwei Schwestern sind ebenfalls seit einem halben Jahr hier untergebracht. Seine Mutter Khanime Ahmed war mit einem Kurden aus dem Libanon verheiratet. Als ihr Haus in Aleppo niederbrannte, verbrannten auch alle ihre Dokumente: »Wegen meines Mannes waren wir libanesisch Staatsbürger. Jetzt sind wir de facto staatenlos.«

Einer ihrer Söhne sitzt aufgrund von politischer Betätigung im Zentralgefängnis von Aleppo. Vor vier Jahren wurde er zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, seine Haftstrafe wäre also bereits vorüber. Dann kam jedoch der Krieg. Das Gericht, das ihn verurteilt hatte, wird heute von der Freien Syrischen Armee kontrolliert, das Gefängnis von Regierungstruppen. Die Gefängnisverwaltung weigert sich, den Sohn ohne Gerichtsakt freizulassen, und da dieser in den Händen der gegnerischen Kriegspartei liegt, wird er weiter in Gefangenschaft gehalten.

Trotz der Not wollen die hier festsitzenden Binnenvertriebenen das Land nicht verlassen. Es hat sich herumgesprochen, wie schwierig es ist, in Europa Asyl zu bekommen und wie gefährlich es ist, dorthin zu gelangen. 39 Flüchtlinge aus Amude nahmen das Risiko nach Beginn des Bürgerkrieges trotzdem in Kauf. Als sie am 6. September 2012 in der Nähe von Izmir versuchten, mit einem Boot auf eine der griechischen Inseln und damit in die EU zu gelangen, ertranken sie alle im Mittelmeer. Eine Gedenkstätte am Friedhof erinnert heute an die Katastrophe, die ganze Familien mit ihren Kindern auslöschte. In der Stadt erzählt man sich, dass einigen Leichen Organe gefehlt hätten. Es gibt wilde Spekulationen darüber, was an der Außengrenze der Festung Europa wirklich geschehen ist.

Die meisten Flüchtlinge bleiben vorerst in der Region und hoffen, bald zurückkehren zu können. Seit Beginn des Bürgerkrieges sind rund 200.000 SyrerInnen in die Türkei geflohen. Je 100.000 dürften in Jordanien und im Libanon Aufnahme gefunden haben, weitere 60.000 im Irak. Den weitaus größten Teil bilden jedoch jene Binnenflüchtlinge, die sich aus den umkämpften Gebieten in relativ sichere Regionen Syriens zurückziehen konnten. Nach Angaben der kurdischen Parteien dürften sich allein in den kurdischen Gebieten rund 500.000 Binnenflüchtlinge aufhalten.

Hassan Mohamed Ali, Mitglied im Obersten Kurdischen Komitee und außenpolitischer Repräsentant der PKK-Schwesterpartei PYD, beklagt sich darüber, dass es für die intern Vertriebenen in Syrisch-Kurdistan keine internationale Unterstützung gebe: »Diese Leute überleben nur, weil die Bevölkerung ihnen hilft. Aber die Versorgungslage ist auch für die normale Bevölkerung immer schwieriger.«

Muhammed Ali Mosa, ein Lehrer aus Amude, der den Verein Duad al-hayr mitgegründet hat, um Flüchtlinge zu unterstützen, appelliert an die internationale Öffentlichkeit: »Wir können nicht mehr tun. In Amude gibt es insgesamt 280 Familien, die in den letzten Monaten hierher flüchteten. Dazu kommen noch 240 Familien, die früher in Amude lebten und aufgrund der wirtschaftlichen Situation jahrelang in Damaskus oder Aleppo gelebt und

gearbeitet haben und jetzt zurückkehrten.« Mosa fürchtet, dass es bald nicht mehr genug Nahrung gibt.

Die Versorgungsproblematik ist allorts spürbar. Benzin und Diesel sind knapp. Dass

ausgerechnet der vergangene Winter einer der kältesten seit Jahren war, verschärft den Mangel noch. Strom gibt es höchstens eine Stunde am Tag. Weil Brot zur Mangelware geworden ist, gibt es lange Schlangen vor den Bäckereien.

Da die Türkei bisher nicht bereit war, ihre Grenze zum syrischen Kurdengebiet für Waren zu öffnen, liegt nun die Hoffnung auf der Öffnung der Grenze nach Irakisch-Kurdistan. Auf Vermittlung des Kurdischen Nationalrates wurde der Grenzübergang bei Fishkhapur wieder geöffnet. Die Kurdische Regionalregierung im Irak hatte ihn zuvor geschlossen, weil der PYD vorgeworfen worden war, Steuern und Bestechungsgelder auf Nahrungsmittellieferungen zu erheben. Nachdem sich der Kurdische Nationalrat und die PYD auf eine gemeinsame Grenzkontrolle geeinigt hatten, stimmte die Kurdische Regionalregierung im Irak einer erneuten Grenzöffnung zu. Seither entspannt sich die Versorgungslage zwar etwas, eine grundlegende Verbesserung wäre aber nur durch internationale Unterstützung möglich.

► **Thomas Schmidinger** ist Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie.

»Diese Leute überleben nur, weil die Bevölkerung ihnen hilft«